

Inserate werden angenommen...
Herausgeber: J. v. S. Eiser in Posen.
Redaktions-Sprechstunde von 9-11 Uhr Vorm.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertunddritter Jahrgang.

Inserate werden angenommen...
Verantwortlich für den Druck: W. Brase in Posen.
Verantwortlich für den Inhalt: Dr. M.

Nr. 418

Mittwoch, 17. Juni.

1896

Deutscher Reichstag.

106 Sitzung vom 16. Juni, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinstimmen gestattet.)
Zunächst wird die zweite Verathung des Nachtrags für 1896/97 fortgesetzt.
Die Kommission hat den Posten von 300 000 Mark als erste Rate für den Neubau einer Kaserne in Wiesbaden festgestellt.
Abg. Dr. Lieber (Centr.) beantragt, diese Position wieder herzustellen.
Abg. Werner (Antif.) bittet, es bei dem Beschlusse der Kommission zu belassen.
Abg. Müller-Fulda (Centr.) tritt ebenfalls für den Kommissionsbeschluss ein. Drei heftige Städte, die bis 1866 Garnisonen gehabt hätten, wünschten wieder eine solche zu erhalten. Die Stadt Rottweil hätte sich sogar bereit erklärt, auf eigene Kosten die Kaserne zu erbauen.
Generalmajor v. Gemmingen erklärt, daß die Militärverwaltung gerade auf diese Position einen großen Werth lege, da es unmöglich sei, das betr. Bataillon anderswohin als nach Wiesbaden zu verlegen.
Abg. v. Maffow (kons.) bemerkt, daß seine Partei für den Antrag Lieber stimmen werde.
Abg. Dr. Paasche (natl.) führt aus, daß seine politischen Freunde jetzt ihre Bedenken gegen den Antrag Lieber fallen lassen hätten und für die Bewilligung der Kaserne in Wiesbaden stimmen würden.
Hierauf wird entgegen dem Kommissionsbeschlusse die Position für die Kaserne in Wiesbaden gegen die Stimmen der Freisinnigen Volkspartei, der Antiklerikalen und der Sozialdemokraten bewilligt.
Für den Neubau einer Kaserne in Bittsch (Elsaß) werden als erste Rate 200 000 Mark gefordert.
Abg. Colbus (Elsaß) macht darauf aufmerksam, daß in der Mitte der Stadt Bittsch eine alte leere französische Kaserne stehe, die sich mit 100 000 Mark Kosten vollständig entsprechend renoviren ließe.
Generalmajor v. Gemmingen erwidert, daß diese frühere französische Kaserne ein ganz unbrauchbares altes Gebäude sei.
Abg. Dr. Lieber (Centr.) bittet die Militärverwaltung um Auskunft darüber, ob es beabsichtigt sei, mit der neuen Kaserne in Bittsch auch Dienstwohnungen für Offiziere zu verbinden.
Generalmajor v. Gemmingen erwidert, daß Verhandlungen hierüber vielleicht geführt seien, jedenfalls seien sie von der Centralverwaltung nicht veranlaßt worden.
Die Position für Bittsch wird bewilligt.
Für den Neubau einer Kaserne in St. Avold werden 320 000 M. gefordert.
Abg. Colbus (Elsaß) bemerkt, daß sowohl die Bewohner von St. Avold als auch von Forbach ihn gebeten hätten, im Reichstage für eine Garnison einzutreten. (Heiterkeit.) Er glaube, die Interessen dieser beiden Städte nur so vereinigen zu können, indem er für den Neubau der Kaserne in St. Avold eintrete, aber auch die Militärverwaltung bitte, aus Metz oder irgend einer anderen Stadt, die mit Soldaten überfüllt sei, einige Bataillone nach Forbach zu legen. (Große Heiterkeit.) Die Stadt Forbach sei zu unglücklichen Opfern bereit, wenn sie eine Garnison erhalte, und würde zum Bau einer Kaserne gerne 200 000 M. hergeben.
Abg. Adt (nl.) beantwortet ebenfalls die Verlegung einer Garnison nach Forbach.
General v. Gemmingen macht darauf aufmerksam, daß die Verlegung einer Garnison nach Forbach zu große Kosten verursachen würde. St. Avold verdiene den Vorzug. Zwar habe Forbach sich zu großen Opfern bereit erklärt, es sei jedoch zweifelhaft, ob eine Stadt von 6000 Einwohnern diese auch leisten könnte. Nebenfalls würden die Anerbietungen der Stadt Forbach die Militärverwaltung veranlassen, mit ihr in Verhandlungen einzutreten, und es sei nicht ausgeschlossen, daß später einmal diese Verhandlungen zu einem Resultat führen würden.
Abg. Adt (nl.) beantragt, die Position zu streichen. Die Position wird jedoch bewilligt.
Der Rest des Nachtrags zum Militäretat wird ohne wesentliche Debatte genehmigt, soweit er sich auf das preussische und sächsische Kontingent bezieht. Für Württemberg werden zur Erweiterung und Ergänzung von Kasernen 600 000 M. gefordert.
Abg. Rembold (Centr.) beantragt, die Summe auf 371 000 M. herabzusetzen.
Württembergischer Kriegsrath v. Sorion widerspricht diesem Antrage.
Abg. Dr. Lieber (Centr.) beantragt eine Resolution, der Reichstag möge die Erwartung aussprechen, daß bei Beschaffung der Kasernen für die beiden neuen württembergischen Regimenter, die in Weingarten vorhandenen Bauten verwendet und dadurch eintretende Ersparnisse von der geforderten Bedarfssumme später zurückgerechnet würden.
An der Debatte betheiligen sich noch die Abgg. Rembold, Gröber (Centr.) und Kriegsrath v. Sorion. Die Resolution Lieber wird angenommen, die Position bewilligt.
Damit ist der Nachtrag zum Heeresetat erledigt. Der Nachtrag zum Marine-, Post- und Eisenbahnetat wird ohne Debatte genehmigt.
Endlich wird ein Anleihegesetz zu diesem Nachtragsetat mit dem Zusatzantrag des Abg. v. Leipziger (kons.) angenommen, daß von der Anleihe-Ermächtigung nur insoweit Gebrauch zu machen ist, als der Bedarf nicht durch Mehreinnahmen bei den außer den Matrikularbeiträgen zur Reichskasse stehenden regelmäßigen Einnahmen seine Deckung findet.
Der zweite Nachtragsetat zum Reichshaushaltsetat 1896/97 (Mehrforderung für artillerische Versuchswärde im Betrage von rund 400 000 M.) wird in erster und zweiter Verathung ohne Debatte erledigt.
In dritter Verathung wird sodann die Uebersicht der Reichsausgaben und Einnahmen für das Etatsjahr 1894/95 mit den Etatsüberschreitungen genehmigt, zugleich wird eine Resolution angenommen, durch welche die verbündeten Regierungen ersucht werden,

eine baldige Aenderung der kaiserlichen Verordnung vom 23. April 1879 betreffend die Umzugskosten für die gesandtschaftlichen und konsularischen Beamten in Erwägung zu nehmen.
Der Gesetzentwurf betreffend die Umformung der vierten Bataillone wird ohne Debatte in dritter Verathung angenommen gegen die Stimmen der Freisinnigen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten.
Die Gesamtabstimmung über die Gewerbeordnungsnovelle wird ausgesetzt und zunächst Petitionen beraten.
Die Kommission beantragt, die Petitionen betreffend Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe dem Reichskanzler als Material zu überweisen.
Abg. Fischbeck (Fr. Sp.) beantragt, über diese Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.
Abg. Benoit (Fr. Bgg.) tritt für den Antrag Fischbeck ein, die Abgg. Jacobsfötter (kons.) und Euler (Centr.) befürworten dagegen den Kommissionsbeschluss.
Die Diskussion schließt, ohne daß der Abg. Fischbeck zum Worte kommt.
Abg. Dr. v. Bennigsen (nl.) beantragt, mit Rücksicht hierauf diesen Gegenstand von der Tagesordnung abzulehnen.
Abg. Fischbeck bittet, über den Antrag Bennigsen abstimmen zu lassen und bemerkt zugleich die Beschlußfähigkeit des Hauses. Da das Bureau ebenfalls darüber zweifelhaft ist, ob das Haus beschlußfähig ist, findet Ramensausruf statt. Die Auszählung ergibt die Anwesenheit von nur 176 Abgeordneten; das Haus ist also nicht beschlußfähig, die Sitzung muß abgebrochen werden.
Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. Interpellation des Centrums, betr. Aufhebung des Jesuitengesetzes, dritte Verathung der Anträge der Abgg. Auer und Auer, betr. ein Reichs-Vereinsgesetz, dritte Verathung des Gesetzentwurfs, betr. die Schutztruppe und des Nachtragssetats, zweite Verathung des Depotgesetzes, Gesamtabstimmung über die Novelle zur Gewerbeordnung, Wahlprüfungen.
Abg. Gamp (Rpt.) bittet den Präsidenten, auch den freikonserватiven Antrag, betr. die Lombardirung landwirtschaftlicher Pfandbriefe auf die Tagesordnung zu setzen.
Vizepräsident Schmidt bedauert, mit Rücksicht auf die Beschlußfähigkeit den Wunsch des Abg. Gamp nicht erfüllen zu können.
Schluß 5 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.
81. Sitzung vom 16. Juni, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinstimmen gestattet.)
Die Verathung des Antrages Dr. Arendt und Gen., betreffend die Bestimmungen über den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien, wird fortgesetzt.
Abg. Möller (nl.): Den Vorwurf, daß die Anhänger des Antrages die Arbeiterschutzgesetzgebung stören lassen wollen, muß ich entschieden zurückweisen. Weder dem Handelsminister noch dem Abg. Trimborn haben die gestern hier gehaltenen Reden eine Veranlassung dazu gegeben. (Beifall.) Wir werden für den Antrag stimmen, um unserer scharfen Mißbilligung darüber Ausdruck zu geben, daß diese Verordnung erfolgt ist, die dem Arbeiterschutzgesetz nicht entspricht. Die gesundheitschädliche Einwirkung der Nachtarbeit im Bäckergewerbe muß ich bestritten. Die übermäßige Arbeitszeit an sich ist kein Grund zum Erlaß solcher Verordnungen, es muß auch der Beweis für die Gesundheitschädlichkeit erbracht werden, und dieser Beweis ist bisher nicht geführt. So werden z. B. die Bäcker vom Selent- und Muskelrheumatismus nicht häufiger befallen, als andere Gewerbetreibende. Es sind keine Thatfachen, sondern nur Rationnements, die dazu geführt haben, diese Verordnungen zu erlassen. Ein Drittel der Bäcker arbeitet ohne Gefellen; diese werden von der Verordnung nicht getroffen. Von den übrigen zwei Dritteln werden hingegen 47 Proz. Kleinmeister davon betroffen, und diese müssen besonders darunter leiden. Gerade das Bäckergewerbe ist das denkbar ungeeignetste, um sozialpolitische Experimente anzustellen. Wenn aber etwas derartiges geschehen soll, so soll es geschehen auf dem geraden Wege der Gesetzgebung, man soll sich aber hüten, auf diese Weise ein Experiment am Leibe des Handwerkers zu machen. Man verweist uns immer auf England, aber dort herrschen ganz andere Verhältnisse, auch hinsichtlich des Genusses von frischem Brot. Wenn wir etwas thun wollen, so sollen wir nicht die Arbeitszeit beschränken, sondern, wie der Unterstaatssekretär von Rottenburg meinte, uns die Liebhaber, des Morgens schon frische Bröckchen zu essen, abgewöhnen. Ich bedauere, daß die Verordnung erlassen ist, aber sie tritt unter der vollen Verantwortung der preussischen Regierung in Kraft. Rechtszweifel sind jetzt schon entstanden, die Schöffengerichte werden oft nicht wissen, ob sie verurtheilen sollen oder nicht, die Verordnung wird zur Förderung der Rechtsreinheit nicht beitragen.
Geheimrath v. Meyeren bestritt, daß die Verordnung des Bundesraths keine Rechtsreinheit habe. Positive Bestimmungen darüber gibt es allerdings nicht, aber nach der Theorie der Reichsverfassung werden derartige bundesrathliche Verordnungen vollkommen gleich geachtet den Reichsgesetzen. (Widerspruch rechts.) Der Reichstag kann über solche Verordnungen zwar diskutieren oder sie bemängeln, eine rechtliche Bedeutung aber haben solche Diskussionen nicht.
Abg. Stöckel (Centr.) bedauert die Einbringung des Antrages. Was würde es im Lande für einen Eindruck machen, wenn die Volksvertretung der Regierung in die Arme fallen würde. Dies würde nur Wasser auf die Mühle der Sozialdemokraten sein. Das Centrum würde gegen den Antrag stimmen.
Abg. Brütt (freikons.) führt aus, daß nach den Erklärungen des Handelsministers die Bäcker mit dem zurecht sein müßten, was die Reichskommission für Arbeiterstatistik ihnen bescheert habe. Kleine Freunde sind nun zwar der Ueberzeugung, daß diese Verordnung keine erfreuliche ist, hoffen aber, daß sich richtige und sachgemäße Grenzen finden lassen werden. Herr von Rottenburg

hat selbst erklärt, daß er trotz des großen aufgewendeten Apparates von den Verhältnissen auf dem Lande keine Ahnung habe. Die Kommission für Arbeiterstatistik ist direktanthaft verfahren. In der Sache ist überaus einseitig vorgegangen, die Regierungsassessoren schelten das große Wort in der Kommission geführt zu haben. Öffentlich wird sich auch die Regierung davon überzeugen, daß die Arbeiten der Kommission für Arbeiterstatistik minderwerthig sind.
Abg. Dr. Bachem (Centr.): Wenn man sachlich, ruhig und nüchtern die Arbeiten der Kommission verfolgt hat, so muß man zugeben, daß sie sehr viel sachverständiger verfahren ist, als es dem Parlamente möglich war. Die Kommission ist ihren Arbeiten mit Aufopferung, Sachverständigkeit und Klugheit nachgegangen. Man kann sehr wohl des Morgens Bröckchen essen, die zwei Stunden älter sind. Wenn man den deutschen Hausfrauen dies vor Augen hält, so werden sie Mitleid mit den Bäckerfrauen haben und ihnen zu Liebe gern dies kleine Opfer bringen. Es ist ganz in der Ordnung, daß man den großen Betrieben die Ausnutzung ihrer Arbeitskräfte beschränkt. Den Vorthell davon haben die kleinen Betriebe. Mit der Zeit wird man sich an die Verordnung schon gewöhnen. Was die juristische Seite betrifft, so hat die Regierung nach § 120 des Reichsgesetzes eine solche Verordnung, und die Entscheidung der Frage, ob die Vorbedingungen zutreffen, ist einzig und allein der Regierung überlassen. (Widerspruch rechts.) Ich würde es daher bedauern, wenn durch die Aenderung des Freiheits von Bäckern die Bäckermeister veranlaßt würden, zu prozessiren. Die Verordnung ist ohne Nachprüfung des Richters gültig. Wir haben doch ähnliche Verordnungen, deren Rechtsgültigkeit Niemand angezweifelt hat. So sind die Ausnahmen von der Sonntagsruhe auch durch Verordnungen festgesetzt. Das erinnert mich daran, daß man früher sagte, Steuern dürfen nur auferlegt werden im Rahmen des Bedürfnisses, also hat der Richter bei einer Steuervermehrung nachzuprüfen, ob ein Bedürfnis vorliegt. Damals widerlegten sich die Richter dieser Auslegung. Also lesen Sie jetzt auch konsequent! Es würde mir eine Schandenfreude bereiten, wenn durch die Aenderung des Freiheits von Bäckern die Sozialdemokratie ist unberechtigt, ich habe eine bessere Meinung von unsren christlichen Bäckern, als daß sie sich durch solche Verordnung in die Fingarme der Sozialdemokratie treiben lassen. Selbst Bäckerinnungen sind mit der Verordnung, von einigen kleineren Bestimmungen abgesehen, ganz einverstanden. Nachdem wir eine Arbeiterschutzgesetzgebung zu Gunsten der Arbeiter geschaffen haben, müssen wir auch eine Handwerkerchutzgesetzgebung zu Gunsten der Handwerker schaffen. Durch diese Verordnung retten wir unsere christlichen Bäckergehilfen vor der Verführung der Sozialdemokratie. Ja wir sollten sogar noch weiter gehen und auch für das Buchdruckergewerbe eine ähnliche Verordnung erlassen. Ich halte die Verordnung für eine segensreiche für das ganze Volk. (Beifall im Centrum.)
Abg. v. Brochhausen (kons.): Ich muß zunächst die Rechtsreinheit der Verordnung bestritten. Es ist doch ein großer Unterschied zwischen einer Polizeiverordnung und einer Verordnung des Bundesraths. Eine große Gefahr besteht darin, daß die Oberlandesgerichte die juristische Frage verhehlen beurtheilen können, da die Sache nicht dem Spruch des Reichsgerichts unterliegt. Ich bedauere es, daß man mit dieser Verordnung vorgeht, bevor man eine geordnete Interessenvertretung der davon betroffenen Betriebe hat. In kleinen Städten erstreuen sich gerade die Bäckergehilfen eines üblen Neumodes, sie benutzen ihre freie Zeit dazu, um allerhand Alortra zu treiben. Ich bin ein Freund der Arbeiterschutzgesetzgebung, kann aber dieser Verordnung nicht zustimmen, zumal da die mittleren Betriebe davon schwer geschädigt werden. Die Verantwortung für diese Verordnung trägt das preussische Staatsministerium; wir haben alle Veranlassung, warnend unsere Stimme zu erheben. Schon oft haben sich unsere Warnungen später als nöthwendig herausgestellt. So wird es auch hier sein. Geben Sie die Verordnungen entweder ganz auf oder schleben Sie sie wenigstens hinaus.
Abg. Stöcker (bei keiner Partei): Was würde es für einen Eindruck im Lande machen, wenn jetzt 14 Tage vor Inkrafttreten die Verordnungen aufgehoben würden! (Auf rechts: Einen sehr guten!) Das Ansehen der Regierung und namentlich des Handelsministers würde dadurch schwer geschädigt, und das Vertrauen, das die Regierung in der sozialpolitischen Gesetzgebung weiter geben will, würde erschüttert werden. Man spricht von einer Hypothese in der sozialen Gesetzgebung, aber viel schlimmer ist der Hypothese der soziale Schlaf. Stillstand heißt hier Rückgang. Unsere sozialpolitischen Gesetze haben entschieden ihr Gutes. Die Sozialdemokratie ist freilich nicht kleiner geworden, aber sie hat sich geändert; an die Stelle der Drohungen und revolutionären Bestrebungen ist ein Mitwirken an der Gesetzgebung getreten. Der große Fehler ist der, daß die Regierung von 1863-1878 nichts zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gethan hat. Warum bringen Sie nicht selbst die Uebelstände zur Sprache? Wenn Sie das den Sozialdemokraten überlassen, so verschaffen Sie diesen die Autorität zur Verzauberung des Volkes. Die Furcht, daß allgemein, auch in der Landwirthschaft, der Maximalarbeitsstag eingeführt wird, ist eine Galluchination. Die Bäckermeister selbst begründen die Verordnung. Wer auch nur einen Schatten von Sympathie für soziale Reformen hat, muß hier zugreifen, wo es sich herausstellt, daß Leute 16-18 Stunden beschäftigt sind. Natürlich rückt die soziale Reform allmählich jedem Stande auf den Leib, man freut sich darüber, wenn andere davon betroffen werden, aber man möchte Halt gebieten, wenn man selbst betroffen wird. Auf parlamentarischen Zuständen kann man doch die soziale Ordnung nicht aufbauen, obgleich ich mich darüber freue, wenn noch in einem Betriebe parlamentarische Verhältnisse bestehen. Auf anderen Gebieten gehen Sie schief vor, sie verbieten den Terminhandel, Sie schaffen Gesetze gegen den unlauteren Wettbewerb. Wenn man auf anderen Gebieten so schief vorgeht, so darf man auf dem Gebiet der Arbeiterschutzgesetzgebung nicht stehen bleiben, sonst erweckt man bei den Arbeitern den Glauben, daß man ihnen nicht helfen will. Ich stehe ganz auf dem Boden der Verordnung.
Abg. Schall (kons.): Aus den Worten des Vorredners klang

Frank, als wenn der uns von anderer Seite gewockte Vorwurf, daß wir nicht mit derselben Begeisterung für soziale Reformen eintraten, wie früher, auch von ihm geteilt wird. Wo eine übermäßige Ausbeutung vorliegt, treten wir für Beseitigung der Mißstände ein, aber wir stellen uns nicht nur auf den Standpunkt der Arbeiter, sondern betrachten die Unternehmer als gleichberechtigte Faktoren. Daher muß ich warnend meine Stimme gegen diese Verordnung erheben, die die Exekuz vieler Bäder vernichtet. Ich muß die uns gestern vom Minister gemachte Unterstellung zurückweisen, als wären wir erst gegen die Verordnung gewesen, nachdem die Bäder gebrocht haben, uns ihre Kundtschaft zu entziehen. Das war nicht staatsmännlich gedacht. (Beifall rechts.) Die konservative Partei läßt sich nicht durch die Agitation von Bädernemern bewegen, ihre Bestimmung zu wechseln. (Sehr richtig! rechts.) Der Minister hätte wohl einsehen können, daß auf seine Aeußerung heute eine Reaktion von unserer Seite erfolgt, und hätte sich deshalb hier erkundigen können. Ich will die Kommission für Arbeiterstatistik nicht verantwortlich machen, aber sie darf doch nicht ein gesetzgebender Faktor über die Köpfe der Parlamente hinweg werden. Ich glaube ja nicht, daß die preussische Regierung jetzt die Verordnung zurückzieht. Aber wir haben schon viel in Preußen erlebt. Ich erinnere nur an die Zurückziehung des Schulgesetzes (Beifall rechts) und so hoffe ich wenigstens, daß unsere heutige Debatte für die Zukunft segensreich ist. Glauben Sie nicht, daß die Sozialdemokratie durch solche Verordnungen befehrt werde, im Gegenteil, es wird dadurch die Begehrtheit gesteigert, und das sollte uns bedenklich machen. Die Bädereigellen selbst verlangen gar keine Verkürzung der Arbeitszeit, die ganze Bewegung ist vielmehr eine Frucht der sozialdemokratischen Agitation (Beifall rechts).

Unterstaatssekretär Dr. Vohmann entschuldigt den Handelsminister, der an der Debatte nicht teilnehmen könne, weil er nach Potsdam zum Kaiser befohlen sei.

Abg. Pleß (Centr.) tritt für die Verordnungen des Bundesrats ein und macht der konservativen Partei den Vorwurf, daß es ihr mit der Durchführung der sozialen Reform nicht mehr ernst sei.

Abg. Möller (Centr.) betont, daß die Kommission für Arbeiterstatistik nur Material sammeln solle, sie sei also mit dieser Verordnung über den Rahmen ihrer Befugnisse hinausgegangen. Er wünsche, daß die Kommission weiter bestrebe, aber vor allem anderen dringendere Aufgaben erledigt, z. B. statistische Erhebungen über die Wirkung der bisherigen Arbeiterschutzgesetze anstelle.

Hiermit schließt die Debatte.

In seinem Schlusswort weist

Abg. v. Kardorff nochmals darauf hin, daß die Verordnung nicht richtig ist. Es sei deshalb den Bädern zu raten, es zu einem Protest kommen zu lassen. Eine Infamie, wie sie gestern der Minister gemacht hat, sollte vom Regierungstisch nicht fallen. Was würde Herr v. Berlepsch dazu sagen, wenn ich ihm vorwerfe, er wolle mit seinen Reden im Reichstage nur den Beifall der Sozialdemokraten gewinnen? (Lebhafter Beifall.) Herr Stöcker meint, die Sozialdemokratie sei jetzt zäher als früher, aber ich dieser Zustand nicht viel gefährlicher? Jetzt kann die Sozialdemokratie mit Sicherheit darauf rechnen, einen Wahlkreis nach dem anderen zu gewinnen. Wer diese Bädereverordnung mit früheren Gesetzen vergleicht, der muß zu der Erkenntnis kommen, daß in der Regierung jetzt ein viel schwächerer Zug für soziale Reformen herrscht, wie früher. Die Regierung sollte zu der Selbsterziehung unter Hinweis zurückkommen, dann würde sie sich das Vertrauen des Volkes gewinnen. (Beifall rechts, Widerspruch im Centrum.)

Hierauf wird der Antrag auf Kommissionsberatung gegen die Stimmen des Centrums abgelehnt, der Antrag Arendt u. Gen. angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken wird in dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Verlesung der Interpellation Albers u. Gen.: Die Regierung wird gefragt 1) ob der Kohlenbedarf der Staatseisenbahnen, soweit derselbe aus den westfälischen Kohlenrevieren entnommen wird, für die Zeit vom 1. Juli 1896 bis 30. Juni 1898 zum Preis von 9 M. pro Tonne abgeschlossen worden ist, 2) im Falle der Bejahung ad 1 — welche Gründe die Staatseisenbahnverwaltung zur Bewilligung dieses erhöhten Preises bestimmt haben.

Da die Regierung sich zur sofortigen Beantwortung bereit erklärt, erklärt das Wort zur Begründung der Interpellation

Abg. Graf Kanitz (L.): Die uns beschäftigende Frage tritt über den Rahmen einer Finanzfrage hinaus, sie ist von eminent wirtschaftlicher Bedeutung. Das Kohlenyndikat an sich ist eine ganz berechnete Einrichtung. Ich möchte mir die Frage an die Regierung erlauben, ob sich die Produktionskosten so gehiebert haben, daß eine Erhöhung des Preises von 8 auf 9 M. notwendig war. Tatsächlich haben sich aber die Produktionskosten in den letzten zehn Jahren nicht erhöht, ich könnte sogar Belege nennen, in denen sie sich vermindert haben. Die Betriebe wollen offenbar die Lasten der sozialpolitischen Gesetzgebung durch höhere Preise ausbringen. Es liegt aber gar kein Anlaß vor, ihnen diese Kosten aus der Staatskasse zu ersetzen, sonst könnten andere dasselbe verlangen stellen. Von dieser Verteuerung der Kosten hat jeder Haushalt einen Nachteil, auch die städtischen Budgets leiden darunter, und die Armenverwaltung verliert die üblichen Folgen. Die Steigerung der Kohlenproduktion ist ja sehr erfreulich, aber das Schlimme ist, daß die Bevölkerung des Westens nicht mehr die hierzu nötigen Arbeitskräfte liefert und daß in Folge dessen Arbeitskräfte aus ferneren Provinzen, namentlich aus dem Osten, in die Industriebezirke ziehen. Soweit ich unterrichtet bin, wird auch in Regierungskreisen ein Bedürfnis für die Erhöhung des Preises nicht anerkannt. Welche Gründe haben also die Regierung bewogen, höhere Preise abzuschließen? Es ist ein offenes Geheimnis, daß an viele Konsumenten billiger verkauft wird; es wäre zu wünschen, daß das Kohlenyndikat in seinem Jahresbericht hierüber nähere Auskunft erteilt. Wenn das Kohlenyndikat nicht billiger liefern kann, so dürften wir die Konkurrenz der englischen Kohle nicht ohne weiteres von der Hand weisen. Auch mit den Ausnahmetarifen konnte man vielleicht auf das Syndikat einwirken.

Geheimrat Dr. Bredow: Ein förmlicher Vertrag ist noch nicht geschlossen, es hat nur eine mündliche Besprechung stattgefunden, und dabei ist eine Vorabklärung über 9 M. für einen Maximalpreis für die beste Lokomotivkohle zu Stande gekommen. Die Verhandlungen schweben noch. Die Direktion Essen, welche mit der Schaffung des Bedarfs beauftragt ist, meldet, daß das Kohlenyndikat einen Preis von 9 M. fordert, aber nur für diejenigen Landesbeiräte, für welche die englische Kohle nicht in Betracht kommt. Für diese Provinzen tritt eine erhebliche Verbilligung ein. Die Verhandlungen hat der Minister persönlich geführt, er hat sich auch mit Vertretern von großen Betrieben und mit dem Finanzminister in Verbindung gesetzt. Der Preis ist uns annehmbar erschienen, weil wir nicht in der Lage waren, unseren Bedarf zu einem billigeren Preise, etwa aus Oberschlesien, zu beschaffen. Der Preis erklärt sich auch aus den natürlichen Gesetzen der Preisbildung, wir können also nicht die nachteiligen Folgen abwenden. Eine ungebührliche Preisänderung würde der Staat nicht gewähren. Sollte dieser Fall eintreten, so stehen dem Staat genügende Mittel zur Abwehr zur Verfügung, so könnte man leicht die Grenzzone der Versorgungs-

gebiete nach dem Westen hin verschieben. Dazu kommt, daß der Staat der größte Abnehmer des Syndikats ist und daß dies die größten Lasten auf den Bahnen befördert. Beide haben also allen Grund, keine Erhöhung des gegenseitigen Verhältnisses eintreten zu lassen. Sollten sich Maßregeln gegenüber ungebührlichen Forderungen des Kohlenyndikats als notwendig herausstellen, so können wir auch in die Revision der Ausnahmetarife treten. Der Staat hat bisher günstige Verträge abgeschlossen, er wird sein Interesse auch später wahren.

Abg. Graf Kanitz beantragt Besprechung der Interpellation. Da dieser Antrag nicht die genügende Unterstützung von 50 Mitgliedern erhält, so findet eine Besprechung nicht statt.

Der Gegenstand ist somit erledigt. Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Kleinere Vorlagen, Petitionen, Denkschrift, betr. das Kommunalabgabengesetz.) Schluß 3/4 Uhr.

Deutschland.

□ Berlin, 16. Juni. [Das Abgeordnetenhaus] hat, wie ja zu erwarten gewesen, den Antrag Arendt betreffend die Bädereverordnung angenommen. Praktisch ist der Beschluß bedeutungslos, aber als Symptom hat er seinen Wert. Die Konservativen erklären der Regierung in aller Form ihr Mißtrauen, und sie suchen sich hierzu eine Gelegenheit aus, die ihre Abstimmung zu einem ausgesuchten Höhepunkt machen muß. An dieser Stelle auch bietet sich der Unterschied zwischen dem Verhalten der Nationalliberalen und dem der Konservativen zur Sache dar. Wie es die Konservativen eigentlich meinen, dafür bietet die Rede des Pastors Schall ergötzlichen Stoff in Fülle, und selbst Herr v. Kardorff muß vor diesem geistlichen Staatsmann die Segel streichen. Es ist schlimm für die heutige Mehrheit, daß ein Mann wie Stöcker mit seiner Bekämpfung des Antrags Arendt durchaus Recht hat. Von Stöcker sachlich wie moralisch ins Unrecht gesetzt zu werden, dazu gehört schon etwas. Man kann sich jedenfalls eine angenehmere Situation denken. Was aber soll man dazu sagen, daß der Centrums abg. Pleß es sein mußte, der den trefflichen Satz ausspricht: „Die Feier des fünfundsingzigjährigen Bestehens des Reichs hätte nicht damit abgeschlossen werden sollen, daß die Einzellandtage gegen das Reich mobil gemacht werden.“ Ein Redner der Partei also, der sonst keine Vorliebe für den Ausbau der Reichseinrichtungen nachgesagt wird, muß den Bestrebungen entgegnetreten, die vom Boden eines Einzelstaats her der Reichspolitik in den Arm fallen möchten. Was noch die Rede Stöckers anlangt, so muß man sie sich aus einem besonderen Grunde merken. Es ist noch nicht aller Tage Abend, und eine Wiederannäherung zwischen Konservativen und Christlichsozialen könnte sehr gut eintritt stattfinden, besonders wenn ein Wahlkampf die bisher so eng befreundeten gewesenen Richtungen wieder aufeinander anweisen sollte. In solchem Falle hätte Stöcker Farbe zu bekennen und zu zeigen, ob er sein entschiedeneres Sozialprogramm nur aus der Tasche holt, um, wie jetzt, die Konservativen gehörig zu ärgern, oder aber, weil es ihm Ernst damit ist.

— Die Preisjury der Internationalen Kunstausstellung hat an den Kaiser ein Guldigungstelegramm gerichtet. Darauf ging dem Vorsitzenden der Jury, Prof. Anton v. Werner ein Antworte telegramm zu, in dem der Kaiser seine Freude über die Begrüßung ausdrückt und bittet, den Mitglidern der Jury, insbesondere den auswärtigen Vertretern den Dank und die Anerkennung für ihre verdienstvolle Tätigkeit auszusprechen.

— Vom Besuch des chinesischen Botschafters Li-Hung-Tschang wird aus Potsdam vom 16. d. M. gemeldet:

Nach dem heutigen Frühstück begab sich der Kaiser mit dem Botschafts-Li-Hung-Tschang und dem beiderseitigen Gefolge nach der Kope, wo das 2. Infanterie-Bataillon aufgestellt war. Der Kaiser in der Uniform des Regiments der Garde-du-Corps, schritt die Front ab, für den Botschafts war ein Sessel, und hinter demselben ein großer chinesischer Schirm zum Schutze gegen die Sonne aufgestellt. Es wurden einzelne Leute vorgezogen, an welchen der Kaiser dem Botschafts die Ankräftung und das Gewehr erklärte; dann wurden Pötte aufgeschlagen, worauf ein Schulerzieren stattfand, dem sich ein Feuer-Gesicht, mit 40 Plazpatronen pro Mann, angeschlossen. Die Chinesen zeigten an den Exercitien, besonders an dem Feuer-Gesicht, lebhaftes Interesse. Nach dem Gesicht fand ein zweimaliger Paradezug statt, nach dessen Beendigung die Offiziere zum Botschafts beschieden wurden, der sich längere Zeit mit ihnen unterhielt. Li-Hung-Tschang verabschiedete sich sodann und fuhr mittels Sonderzuges um 4 Uhr 20 Min. nach Berlin.

— Mit der Leitung des Konsulats in Zan-zibar ist bekanntlich der frühere Bezirksrichter in Deutsch-Ostafrika, Frhr. v. Rechenberg, betraut worden. Darin liegt, wie man den „Berl. N.“ schreibt, die Vorbereitung zur Aufhebung des Konsulats. Der Gouverneur von Ostafrika soll mit den Funktionen eines Konsuls für die benachbarten englischen Gebiete mit betraut werden.

— Die „Berl. Kor.“ meldet: Durch gemeinsamen Erlaß der Minister für Landwirtschaft und für Unterrichtsangelegenheiten ist bestimmt worden, daß der § 13 der Ordnung für die Abgangsprüfungen an Landwirtschaftsschulen folgenden Zusatz erhält: „Gegen den Beschluß der Prüfungskommission über Zuerkennung oder Verweigerung des Zeugnisses der Reife steht dem Regierungskommissar das Recht der Einsprache zu. In diesem Falle sind die Prüfungsverhandlungen der vorgelegten Regierungsbefehle zur Einholung der ministeriellen Entscheidung einzuziehen.“

— Nach telegraphischer Meldung an das Oberkommando der Marine ist S. M. S. „Seeadler“, Kommandant Korvettenkapitän Coerper am 15. Juni von Kapstadt nach Zanzibar in See gegangen. S. M. S. „Vorels“, Kommandant Kapitän-Leutnant v. Bredow, ist am 15. Juni in Beirut eingetroffen und von dort am 16. Juni nach Smyrna gegangen.

* Dresden, 16. Juni. Der König empfing heute Vormittag in Villa Strobeln den Flügeladjutanten des Kaisers Major Grafen Wolke.

* Karlsruhe, 16. Juni. In der heutigen Sitzung der 3. werten Kammer wurde die Reichstagsvorlage betreffend die durch das Hochwasser im März angerichteten Schäden einstimmig angenommen; alsdann genehmigte die Kammer die Vorlage, betreffend den Kaiserlicher Heinkanal und Rheinhausen, entsprechend den Kommissionsanträgen, mit 33 gegen 29 Stimmen.

* München, 16. Juni. Der Prinzregent empfing heute den Flügeladjutanten des Kaisers Obersten v. Kalkstein,

welcher die Glückwünsche des Kaisers anlässlich der 25jährigen Jubelgedächtnisfeier des Prinzregenten zur preussischen Armee überbrachte. Außerdem empfing der Prinzregent eine Abordnung des Magdeburger Feld-Artillerie-Regiments Nr. 4, dessen Chef der Regent ist. — Die „Allg. Btg.“ schreibt betreffs der Beurteilung der Moskauer Rede des Prinzen Ludwig von Bayern, sie kann verkündet, daß der Prinzregent durch diese Behandlung und Aufschauung des Vorgangs sowie durch die bei dieser Gelegenheit hervorgetretene reichsfeindliche Gesinnung unangenehm berührt sei; ebenso fühle Prinz Ludwig selbst.

Aus dem Gerichtssaal.

? Posen, 16. Juni. [Schwurgericht.] Der Knecht Johann Stawny aus Posen, welcher am 27. März d. J. im Walde bei Landsort im Kreise Schrimm seine Geliebte, die unverheiratete Viktoria Szudlarek durch Stiche in den Hals getötet und ihr bares Geld, sowie ein Sparkassenduch über 237 Mark weggenommen hat, wurde wegen Raubmordes zum Tode und dauerndem Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Näherer Bericht folgt.

○ Bissa i. P., 15. Juni. [Schwurgericht.] Heute hatte sich der hiesige Kaufmann Moritz Jakob, in Firma J. Dresner Nachfolger, wegen Urkundenfälschung und Meineids zu verantworten. Bei der hiesigen Staatsanwaltschaft hat seiner Zeit eine von einem hier wohnhaften Handlungsreisenden, Besser, unterzeichnete Denunziation ein, in welcher der bei M. Jakob stationierte Kommiss Blumenseldt wegen Veruntreuung und wegen Meineids in zwei Fällen verdächtigt wurde. In der hierauf angestellten Untersuchung sagte der v. Blumenseldt unter seinem Eide aus, die genannte Denunziation sei von seinem Chef, dem Angeklagten Jakob, geschrieben, während der Handlungsreisende Besser die Abfassung und überhaupt jegliche Kenntnis der Denunziation leugnete. Kaufmann Jakob, darauf vernommen, bestritt, keineswegs der Verfasser jenes denunzierenden Schriftstückes gewesen zu sein. Nunmehr wurde gegen J. die Anklage wegen Urkundenfälschung und wissentlichen Meineids erhoben. In der Hauptverhandlung hatten fünf Sachverständige ihr Urteil abzugeben. Bangebruch-Berlin bezeichnete Briefe an Kunden des Jakob und die „Denunziation“ als von einer Hand geschrieben, desgleichen auch ein anderer Sachverständiger, während drei andere Sachverständige die Identität verneinten. Der Zeuge Blumenseldt blieb jedoch dabei, sein ehemaliger Chef sei der Verfasser der Denunziation. Die Vertretung führte der hiesige Rechtsanwalt Dr. v. Binckuski. Die Geschworenen verneinten einstimmig die Schuldfrage und der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei.

○ Bissa i. P., 16. Juni. Mit dem heutigen Tage erreichte die diesjährige zweite Schwurgerichtssperle die hiesigen Landgerichte ihr Ende. Zu Beginn der heutigen Verhandlung sprach der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Fromme aus Nitrow, den Geschworenen seinen Dank für die Mäßigkeit und treue Pflichterfüllung während der nun zum Schluß gehenden Verhandlungen aus. Ganz besonders hob der Vorsitzende hervor, daß namentlich bei den so sehr schwierigen Fällen, wie bei dem Heineschen Giftmordprozess und bei dem Jakobischen Meineidsprozess, der Wahrspruch der Geschworenen mit der Ansicht des Richterkollegiums vollständig übereinstimmte habe. — Darauf wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen die Dienstmagd Marianna Reich aus Krotzow wegen Kindesmordes verhandelt. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage in vollem Umfange und die Angeklagte wurde zu einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren verurteilt. — Ebenfalls wegen Kindesmordes wurde gegen die Arbeiterin Agnes Rasch aus Krotzow verhandelt; dieselbe wurde jedoch freigesprochen.

* Hamburg, 16. Juni. Das Landgericht verurteilte den Bauniermacher Clausen, der wegen wiederholter Untreue und Hehlerei angeklagt war, zu neun Monaten Gefängnis.

* Bremen, 16. Juni. Der frühere Redakteur und Geschäftsführer der hiesigen sozialistischen „Bürgerzeitung“ Gottlieb wurde heute vom Schwurgericht wegen betrügerischen Bankrotts zu einem Jahr und drei Monaten Zuchthaus und zu zweijährigem Ehrverlust verurteilt.

Vermischtes.

† Die neue Kometenbahn des Kaisers „Meteor“ ist am 16. d. von England in Kiel eingetroffen.

† Ein von Triest nach Wien bestimmter Militärzug fuhr auf der Station Jellitz mehrere ins Rollen gekommenen Lastwagen, wobei zwanzig Soldaten mehr oder minder schwer verletzt wurden. Zwei davon sind auf dem Transport nach dem Hospital gestorben.

† In Odrau in Mähren brannten 24 Wohnhäuser nieder, wobei 2 Frauen umkamen.

Soziales.

Posen, 17. Juni.

n. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde die Beratung betreffend Niederlegung der Forderungen der Stadt an das Ausstellungs-Komitee wegen ungenügender Vorberathung von der Tagesordnung abgesetzt.

* Personalien. Verleben: dem Obersten a. D. Duade zu Krotzow, bisher Kommandeur des Füsilier-Regiments Nr. 37, der Rothe Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem früheren Winger, jetzigen Altersrentenempfänger Gottlieb Brück zu Bronsow im Kreise Schmettel, bisher zu Sietowo, desselben Kreises, das Allgemeine Ehrenzeichen. — Der Regierungs-Assessor Graf Fina von Finkenstein zu Gohyn ist bis auf Weiteres dem Landrathe des Landkreises Bonn zur Hilseleistung angeheilt worden. — Fendler, Intend. Bureauvater von der Intend. der 9. Div., ist zum Intendantur-Sekretariatsassistenten ernannt. — Am Schullehrer-Seminar zu Paradies ist der Lehrer Wehnenstein zu Nordhausen als ordentliches Seminarlehrer angeheilt worden.

n. Grundstücksverkauf. Das Grundstück Fabrikstraße 15 in Billa ist für den Preis von 30 000 Mark in den Besitz des Möbelhändlers Dankowski in Posen übergegangen.

Aus der Provinz Posen.

1 Wronke, 16. Juni. [Unfall.] Heute Nachmittag stürzte das dreijährige Söhnchen des Pfarrers Schmidt hier selbst aus einem offenstehenden Fenster des ersten Stockwerks eines Hauses in der Kirchstraße auf den Hof hinab und zerschmetterte sich den Hinterkopf, sodass es nach kurzer Zeit seinen Geist aufgab.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

* Thorn, 16. Juni. [Eingroßer Waldbrand] wüthete heute Vormittag wieder mehrere Stunden auf dem Artillerie-

Schlepplah. Das Schießen wurde während des Brandes nicht unterbrochen.

Königsberg i. Pr., 16. Juni. [Der Oberpräsident Graf Wilhelm v. Bismarck.] der mehrere Monate nicht unbedenklich krank war, hat die Dienstgeschäfte wieder übernommen.

Labiau, 16. Juni. [Mord.] Der 13jährige Schulfreie Gengels aus Karlsruhe wurde dieser Tage durch seinen 11jährigen Mitschüler Alex aus demselben Orte ermordet. Beide Knaben hatten vor Beginn der Schule einen Streit, der in Tätlichkeiten ausartete; durch das Erscheinen des Lehrers wurde dies jedoch verhindert. Alex drohte dem G., er werde ihn in der Mittagspause tödlich schlagen. Beim Verlassen des Schulzimmers in der Pause soll Alex auf dem engen Gange noch von Gengels gestochen worden sein. Nun zog er sein Taschenmesser und verletzete G. einen Stich ins Herz, Gengels sank nieder und starb nach wenigen Minuten in den Armen der beiden herbeigekommenen Lehrer. Der junge Mörder wurde verhaftet, wegen sein Vater bestiglichen Einspruch erhob, und nach dem Gerichtesgange in Memel gebracht.

Ratibor, 15. Juni. [Die Vorbeeren des Sergeanten Beck], der in der letzten Reichswehr in München mit einem von der Wache requirierten Kommando in eine Wirtschaft eingedrungen war, in der friedliche Bürger saßen, haben anschließend einen hier zur Uebung einberufenen Wieselwibel nicht schlafen lassen. Dieser wollte sich der Breslauer Zeitung zufolge am Sonntag Abend an einem Tanz betheiligen, durch welchen der Radschaberverein "Wanderer" das Fest seiner Bannerweibe in Hausmanns Etablissement beschloß, wurde jedoch abgewiesen. Der Wieselwibel begab sich nun sofort zur Hauptwache, requirirte dafelbst zwei mit Gewehr bewaffnete Soldaten und drang mit diesen in den Saal, um den Herrn, der ihm das Mittzein verbieten hatte, zu verhaften. Glücklicherweise war ein Offizier des hiesigen Batalions, bei welchem der Wieselwibel seine Uebung absolvirte, anwesend und veranlaßte den Ruheführer, sich mit den von ihm requirierten Mannschaften zu entfernen. — Einer exemplarischen Strafe dürfte der "schneidige" Wieselwibel wohl sicher sein.

Telegraphische Nachrichten.

Budapest, 16. Juni. Die internationale Telegraphenkonferenz wurde heute vom Handelsminister Daniel eröffnet. Das Präsidium wurde der ungarischen Verwaltung übertragen. Nachdem der Minister seinerseits den Vorsitz dem Präses des Direktionsausschusses Peter Szalay übertragen hatte, wurden die Tagesordnungen festgesetzt.

Budapest, 16. Juni. Dem internationalen Journalisten-Kongress sind zahlreiche Begrüßungs-Telegramme zugekommen, darunter solche von dem ehemaligen Kultusminister Grafen Graf, dem Honveterinärminister, Baron Fejervary, und dem Geheimen Rath Herovym. Heute wurde das Organisationsstatut einer internationalen Vereinigung der Presse beraten. U. a. gelangte ein Antrag zur Annahme, nach welchem für die Länder, in denen es keine Vereinigung von Journalisten gibt, vom hiesigen Zeitungsausschuß die Wahl der Vertreter dieser Länder zu entsendenden Kongressdelegirten bestimmt werden soll. Die Journale der einzelnen Nationen wählen ihre Abgeordneten nach eigenem besten Ermessen. Der Sitzungsanschuß kann hervorragendsten Verbände angehörenden Journalisten verschiedener Nationen zur Theilnahme am Kongresse einladen, wo sie Sitzrecht haben.

Rom, 16. Juni. [Deputirtenkammer.] Auf eine Anfrage des Abgeordneten Rampold erklärte der Kriegsminister Ricotti, daß im April und Mai unter den Soldaten in Afrika einige Todesfälle an Typhus in Folge der anhaltenden Trockenheit und der Truppenansammlung vorgekommen seien. General Balbissara melde jedoch, daß gegenwärtig der Gesundheitszustand der Truppen ein vorzüglicher sei.

Nach amtlichen Berichten ist der Export an chinesischen Seidenstoffen ein mittelmäßiger. Man schätzt die zu erwartende Seidenexport auf ungefähr 50 000 Ballen, während der durchschnittliche Export über 70 000 Ballen im Gewicht von ungefähr 3 800 000 Kilogramm beträgt.

Neapel, 16. Juni. Das englische Geschwader ist hier eingetroffen.

Petersburg, 16. Juni. Die "Freie Ztg." meldet aus Petersburg: Die Aerzte haben der Kaiserin eine Seereise innerhalb der finnischen Schären empfohlen.

Petersburg, 16. Juni. Prinz Battenberg ist hier eingetroffen und hat im Winterpalais Wohnung genommen. Die Königin von Griechenland mit ihrer Tochter, wie der Großfürst Konstantin sind hier eingetroffen.

Paris, 16. Juni. Nach dem amtlichen Kammerbericht wies Graf de Mun in der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer am Schluß seiner Rede auf die Berliner Arbeiterkonferenz 1890 hin, welche er für das Hauptereignis dieses Jahrhunderts erklärte.

"Ich möchte wünschen," fuhr der Redner fort, "daß Frankreich diesen Gedanken wieder aufnehme, daß Frankreich, bevor es die Nationen einleitet, hier die Erzeugnisse und Wunder der Industrie anzukommen, die Nationen zusammenruft, damit sie sich auf ihre in dem gemeinsamen Gedanken der Vorsehung und der Gerechtigkeit gegen die Arbeiter vereinigen. Ich glaube nicht an eine formelle und unmittelbare Wirksamkeit dieser internationalen Verständigungen, aber ich glaube an ihre hohe, mächtige, moralische Wirksamkeit. Ich glaube, daß diese Begegnungen von Männern, welche zwar rivalisirenden Staaten angehören, welche sich aber versammeln, um Mittel zur Heilung der Wunden des industriellen Ketzers zu suchen, fruchtbar sein werden, und daß aus ihnen nothgedrungen eine unumkehrliche Bewegung hervorgehen werde, welche überall über Gebirge und Ozeane den Sieg davontragen wird. Ich glaube, daß Frankreich diesen Ruhm erwerbe, welcher seinem Genius entsprechen würde, und wie Goethe stehend: Mehr Licht! verlangte, so möchte ich, daß man in den letzten Tagen dieses Jahrhunderts mehr Gerechtigkeit und Menschlichkeit verlange." (Stürmischer Beifall rechts und im Centrum.)

Die Zollkommission genehmigte mit 11 gegen 8 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend den Zollverschluß.

Paris, 16. Juni. Die Senatoren und Deputirten der Departements, in denen sich Zuckersabriken befinden, und der Häfen mit Zuckerraffinerien vereinigten sich unter dem Vorstz Ribots heute Nachmittag im Palais Bourbon, um die Ansicht des Generalinspektors der Zuckersabriken in Betreff der neuerlichen Zuckerversteuergesetzgebung in Deutschland zu hören. Die Versammlung beschloß, morgen eine Abordnung zum Ministerpräsidenten Méline zu senden, um sich mit demselben in dieser Frage in Verbindung zu setzen. Nach weiteren Mittheilungen stellte die Versammlung den wahrscheinlich in der Kammer einzubringenden Gesetzentwurf

fest, wonach die französische Exportprämie für raffinirten Zucker 450, für Rohzucker 350 beträgt. Die Begünstigung des fremden Kolonialzuckers sei aufzuheben; den Raffinieren in Handelsplätzen sind Vortheile einzuräumen. Die Einföhrung des Entwurfs beansprucht 16 Millionen.

Brüssel, 16. Juni. [Repräsentantenkammer.] Im Laufe der Sitzung brachte der Finanzminister, Ministerpräsident de Sanet de Mayer einen Gesetzentwurf ein, nach welchem der Eingangszoll und die Accise auf Alkohol zum Zwecke der Bekämpfung der Trunksucht eine provisorische Abänderung erfahren sollen. Für Branntweine in Gebinden bis zu 50 Grad Alkoholgehalt sollen 150 Frcs. für das Hektoliter und 3 Frcs. für jeden weiteren Grad, für Viqueure in Flaschen 300 Frcs. für das Hektoliter entrichtet werden. Der Minister verlangte die Dringlichkeit für die Vorlage, welche angenommen wurde. Der Entwurf wurde sofort von einer Kommission durchberathen und von deren Referent Bericht erstattet. Geßharter Widerspruch der Linken gegen dieses Verfahren rief eine stürmische Debatte hervor, in deren Verlaufe Mitglieder der Linken mehrfach zur Ordnung gerufen wurden. Schließlich wurde die Vorlage mit den Stimmen der Rechten gegen die der Linken angenommen.

London, 16. Juni. "Daily Telegraph" meldet, die Lords Cadogan, Derby und London derry hätten die Annahme eines Votischerpostens in Paris abgelehnt.

Bern, 16. Juni. Nachdem der Nationalrath den ganzen Reingewinn der Bundesbank den Kantonen vorbehalten und ihnen eine Erhöhung ihrer Vertreterzahl von 10 auf 15 Mitglieder des Bankrathes eingeräumt, hat er das Bundesbankgesetz mit 83 gegen 49 Stimmen angenommen. Dasselbe wird noch befristet Besetzung einzelner Differenzen dem Ständerathe zugeben.

Bukarest, 16. Juni. Ueber die von mehreren ausländischen Blättern gemeldeten, von Anhängern Plevas auf offener Straße ins Werk gesetzten Kundgebungen gegen den Ministerpräsidenten Sturdza theilt die "Agence Roumaine" Folgendes mit:

Da die von Pleva zum Zwecke der Agitation gegen die Regierung veranstalteten Versammlungen sowohl hinsichtlich der Anzahl der Teilnehmer als hinsichtlich der Qualität derselben immer mehr an Bedeutung verloren, glaubte Pleva einen großen Coup ausführen zu müssen. In riesigen Plakaten, welche geheimnißvolle Resolutionen vertragen, wurden Versammlungen anberaumt. Diese machten jedoch gänzlich Plakato, ebenso eine Demonstration unter Führung des Sohnes Regalaceanos, welcher sich an der Spitze eines Pöbelhaufens zur Wohnung Sturdzas begab, um demselben mitzutheilen, daß ihn das Volk als von seinem Amte abgesetzt betrachte. Da der Ministerpräsident gerade abwesend war, gab der Pöbel seiner Enttäuschung durch wüthendes Gekrei und Schreien Ausdruck. Als die Demonstranten hierauf Sturdza auf der Straße begegneten, insultirten sie ihn mit Schimpf und Schelt. Die Anzahl der Demonstranten betrug höchstens 15; der ganzen Kundgebung ist keinerlei Bedeutung beizulegen, dieselbe wird allgemein mißbilligt. Man erinnert sich, daß derselbe Pleva auf dem Theaterplatze Johann Brattano insultirte, kurze Zeit, nachdem Rumänen zum Königtum proklamirt worden war.

Belgrad, 16. Juni. Von unterrichteter Seite wird gegenüber anderweitigen Meldungen erklärt, daß die serbische Regierung, weit entfernt irgend welchen Verwicklungen Vorschub zu leisten, auf ihrem vorläufigen Standpunkte während der macedonischen Wirren beharre, nämlich auf Zinshaltung strenger Neutralität und Wahrung vertragmäßiger Zustände, um zur Erhaltung des Friedens nach allen Seiten hin beizutragen. Die Aktion der serbischen Regierung beschränke sich einzig und allein auf die der Schlichtung entsprechende Forderung der Anerkennung der serbischen Neutralität neben der bulgarischen und griechischen im Gebiete der europäischen Türkei.

Sofia, 16. Juni. Eine Extraausgabe des Regierungsblattes "Mir" wendet sich gegen die macedonische Propaganda, welche als überflüssig und schädlich bezeichnet wird. Man würde dadurch nur erreichen, daß die bereits bewilligten Reformen, so gering sie auch seien, nicht durchgeführt würden. Die bulgarische Regierung thue, was sie könne; provoquiren oder der Türkei den Krieg erklären werde sie nicht. Auch eine neue bulgarische Regierung würde dies nicht thun.

Alexandrien, 16. Juni. Die Cholera ist hier im Abnehmen begriffen. Dagegen nimmt dieselbe in Kairo zu und kommen dort täglich 60—70 Cholerafälle vor. Der größte Theil der hiesigen europäischen Kolonie ist geflohen und stockt der Handel gänzlich.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprecheinstellung der "Vol. Ztg." Berlin, 17. Juni, Vormittags.

Die heutige Reichstagsitzung ist bereits um 11 Uhr angefangen, weil der Reichskanzler die Interpellation des Centrums betreffend das Jesuitengesetz selbst beantwortet will.

Rattowitz, 17. Juni. In der Hugo-Kolonie bei Laurahütte ermordeten gestern Abend zwei Arbeiter den Kesselarbeiter Komczyl durch Messerstiche.

Wien, 17. Juni. Dem bekannten Maler Karl Wilda wurde gelegentlich eines ländlichen Festes unweit Wien durch das Plagieren eines Böllers der rechte Unterarm zerschmettert.

Rom, 16. Juni. Nach Privattelegrammen aus Asmara soll das Urtheil im Prozeß Barattieri einen Passus enthalten, welcher besagt, daß die plötzliche Entscheldung des Generals Barattieri am 29. Februar den Feind angzugreifen sich auch aus den nicht immer maßvoll gehaltenen dringenden Aufforderungen der Centralregierung, aus der Unthätigkeit herauszukommen, erklären lasse.

Rom, 17. Juni. Barattieri will sich am 24. Juni von Massana nach Triest einschiffen und sich von dort nach Südtirol begeben.

Paris, 17. Juni. Die 78jährige Dame, Baronin de Valley wurde am Mittwoch in ihrer Wohnung erdrosselt aufgefunden. Vermuthlich liegt Raubmord vor.

Athen, 16. Juni. Abdullah Pascha hat das vom Sultan an das Volk von Kreta erlassene (schon erwähnte) Eradec bekannt gegeben. Der Sultan laßt darin die kretensischen Deputirten ein, sich zur Tagung in Canea zu versammeln und erklärt seine Bereitwilligkeit, jede legale Beschwerde in Erwägung zu ziehen, welche die Versammlung vorbringen sollte und welche mit den souveränen Rechten des ottomanischen Reiches im Einklang sein werde. Der Sultan fordert die Aufständischen auf, die Waffen niederzulegen und verpricht eine Amnestie. Ferner erklärt er, daß die türkische Armee nicht die Offensibe erweisen werde außer in Fällen von Störung der öffentlichen Ordnung. Das kretensische Centralkomitee in Athen hat an

die Regierung der Großmächte ein dringendes Gesuchen um Einmischung des christlichen Europas gerichtet, im Hinblick auf die Lage der Frauen und Kinder in Kreta, von denen Tausende dem schimmlichen Elende ausgelegt sind, nachdem ihre Bauanlagen Plünderungen und Feuerbränden zum Opfer fielen. Eine Abschrift dieses Aufrufs wurde auch der griechischen Regierung zugestellt, deren Hilfe gleichfalls vom Komitee zu Gunsten des ausschließlich philanthropen Charakter tragenden Zweckes erstrebt wird.

Wollmärkte.

Berlin, 16. Juni. Zu Beginn des heutigen offenen Wollmarktes auf dem Central-Berhof waren in der großen Adermarkthalle eingeliefert resp. in der Ausladung beziffert: per Hamburger Bahn 24 812,5 Kgr., Stettiner 182 112,5 Kgr., Oabahn 295 679,5 Kgr., Nordbahn 11 861,5 Kgr., per Nordsee 21 056,5 Kgr. und per Rhle 13 261 Kgr., zusammen 548 587,5 Kgr. = 10 971,75 Centner. Der Markt begann früh 6 Uhr, setzte recht schwach ein und blieb auch bis gegen 8 Uhr sehr ruhig. Auktanten waren bis zu dieser Zeit nicht besonders zahlreich erschienen und setzten auch im weiteren Verlauf des Marktes recht wenig Interesse. Erst gegen Mittag gewannen die Umsätze etwas an Ausdehnung, da Tuch- und Stoffabkanten mit Rufen vorzuzogen, und konnte sich die bis jetzt schleppende Tendenz nun etwas bessern. Es wurden für Rückwäschchen 4—6—10 M. mehr angelegt als im Vorjahre, in einzelnen Fällen, bei besonders gut behandelten Wollen bewilligte man sogar c. 12—15 M. mehr. Soweit zu ermitteln war, ist bis jetzt ein Drittel des vorhandenen Darantums verlaufen. Auf den Stadtlager gestaltete sich das Geschäft im Laufe des heutigen Tages, sowie auch heute Vormittag ebenfalls recht ruhig und wurden Abschlüsse nur in wenigen Fällen perfekt.

Königsberg i. Pr., 16. Juni. Der hiesige Wollmarkt ist beendet, die Preise konnten sich bis zum Schluß behaupten.

Weimur, 15. Juni. Der hiesige Wollmarkt war mit 727 Centnern Wolle besetzt, also mit 80 Centnern mehr als im Vorjahre. Das Geschäft entwickelte sich gut bei einem Preisausschlag von 10 Proz. gegen voriges Jahr. Landwolle 100 bis 106, gute Landwolle 110—120, gute Guts- wolle 120—129 M.

Leipzig, 16. Juni. Die Zufahren betragen 200 Ctr. Gute Wäse fand schlanken Absatz, erzielte 125—130 M.

Familie von 5 Köpfen, das jüngste Kind 12 Jahre alt, sucht in der Zeit vom 10 bis 31. Juli 7874

Landaufenthalt

mit voller Verpflegung, Park oder Wald und Badegelegenheit Verbindung. Gefällige Offerten unter F. D. 7874 Exped. dieser Zeitung erbeten.

Wasserstand der Warthe.

Ort	am 16. Juni	Morgens	Mittags	Abends
Posen	1,14	1,14	1,18	1,28
"	"	"	"	"
"	"	"	"	"

Produkten- und Börsenberichte.

Breslau, 16. Juni. (Schlußtheil.) Geschäftss. 9proz. Reichsanleihe 99,40, 3proz. V.-Handbr. 100,25, Consol. Türkei 21,25, Türk. Boste 108,75, 4proz. ung. Goldrente 108,85, Bresl. Diskontobank 118,00, Breslauer Wechselbank 105,30, Kreditaktien 219,15, Schlef. Bankverein 129,75, Danneberg 149,75, Föhrer Maschinenbau —, Rattowiger Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 152,75, Ober-Schlef. Eisenbahn 81,00, Ober-Schlef. Portland-Cement 118,75, Schlef. Cement 18—00, Oppein. Zement 187,00, Kcamita 141,75, Schlef. Zinkaktien —, Laurahütte 153,00, Bresl. Delfabr. 92,50, D. Metall. Einlagen 170,10, Russ. Banknoten 216,75, Schlef. Cement 114,75, 4proz. Ungarische Kronenleihe 99,50, Breslauer elektrische Straßenbahn 186,00, Laro Gegenseitig Aktien 108,90, Deutsche Kleinbahn —, Breslauer Spiritfabrik 134,00, Leipziger Elektrische Straßenbahn 163,25.

London, 16. Juni. (Schlußtheil.) Ruzig. Engl. 2 1/2proz. Consols 113 1/2, Breuch. 4proz. Consols 105 1/2, Italien. 5proz. Rente 88 1/2, Lombarden 9, 4proz. 1889 Russen II. Serie 104 1/2, lomb. Türkei 21 1/2, Mexr. Silber —, Mexr. Goldrente 104, 4proz. ungar. Goldrente 104 1/2, 3proz. Spanien 65 1/2, 4proz. Egypter 103 1/2, 4proz. unfr. Egypter 103 1/2, 3 1/2proz. Tribut-Anl. 96, 6proz. Mexikaner 95 1/2, Ottomobank 13 1/2, Canada Pacific 63 1/2, De Beers neue 31, Rio Tinto 24 1/2, 4proz. Rupees 63 1/2, 6proz. lomb. arg. A. 87 1/2, 5proz. arg. Goldanleihe 86 1/2, 4 1/2proz. arg. do. 55, 3proz. Reichsbank 93 1/2, Griech. 81, Anleihe 31, do. 87er Monopol-Anl. 35 1/2, 4proz. Griechen 1889er 26 1/2, Ital. 89er Anl. 74, 5proz. Western de Min. 80 1/2, Neue Mexikan. Anleihe von 1893 93 1/2, Blagskonto 1/2, Silber 31 1/2, Anatolier —, Chinesen 110, 6proz. Chinesen (Charted Bank-Anleihe) 115 1/2, 3proz. ung. Goldanl. —, Chinesen (neueste) 101 1/2, Bros. Ato. Wechselnotierungen: Deutsche Blähe 20,58, Wien 12,15, Paris 25,30, Petersburg 25 1/2.

Paris, 16. Juni. (Schlußtheil.) Träge. 3proz. amortis. Rente 100,52 1/2, 3proz. Rente 101,92 1/2, Halter. 5proz. Rente 89,60, 4proz. ung. Goldrente 105,12 1/2, III. Egypter Anleihe —, 4proz. Russen 1889 103,70, 4proz. unfr. Egypter 103,95, 4proz. span. ä. Anl. 65, lomb. Türkei 21,45, Türk. Boste 113,50, 4proz. Türk. Prioritäts-Obligationen 1890 458,00, Franzosen 772,00, Lombarden —, Banque Ottomane 588,00, Banque de Paris 842,00, Bana. d'Escompte —, Rio Tinto-A. 612,50, Suezkanal-A. 3450,00, Cred. Lyonn. 786,00, B. de France —, Tab. Ottom. 865,00, Wechsel a. dt. W. 122 1/2, Londoner Wechsel l. 25,15, Obg. a. London 25,16 1/2, Wechsel Amsterdam l. 205,62, do. Wien II. 207,75, do. Madrid l. 418,50, Meridional-A. —, Wechsel a. Italien 6 1/2, Robinson-A. 245,00, Portugieser 27,06, Portug. Tabak-Obligation 495,00, 4proz. Russen 66,85, Privatbank 1 1/2.

Hamburg, 16. Juni. Fest. Breuch. 4proz. Consols 105,80, Oesterreich. Silberrente 86,15, Goldrente 104,00, Italiener 88,20, Kreditaktien 297,50, Franzosen 171,00, Lombarden 218,50, 1889er Russen 101,60, Deutsche Bank 787,00, Diskontokommandit 207,75, Berliner Handelsgesellschaft 119,25, Dresdner Bank —, Ratto- witzer für Deutschland —, Hamburger Kommerzbank 180,00, Lübeck-Büchen Eisenbahn 152,80, Rarlens-Mawla 89,00, Dübren- siller Südbahn 91,00, Laurahütte 152,25, Nordb. J.-Spinn. 133,00, Hamburger Badefahrt 129,75, Dynamit-Trust-Anl. Aktien 163,40, Privatbank 2 1/2, Buenos Ayres 34,80. Gold in Barren p. Agr. 27,88 Br. 27,84 Gd. Silber in Barren p. Agr. 93,00 Br. 92,50 Gd. Frankfurt a. M., 16. Juni. (Festens-Sitzung.) (Schluß.) Oesterreich. Kreditaktien 297 1/2, Franzosen 170 1/2, Lombarden —, Ungar. Goldrente —, Gotthardbahn 107 1/2, Diskontokom- mandit 207,75, Dresdner Bank 787,00, Berliner Handelsgesellschaft 119,25, Bochumer Gußstahl 158,50, Dortmunder Union G.-B. —, Gelsenkirchen —, Harpener Bergwerk —, Germania 174,75, Laurahütte 153,20, 3proz. Portugieser —, Italienische

